

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



Nr. 11/2014
20. November 2014

<u>Inhalt:</u>	Seite
Bundesausschuss Obst und Gemüse im Gespräch mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz	1
Bundesausschuss Obst und Gemüse tagte in Berlin	3
Neue EU-Kommission vom Parlament mit großer Mehrheit bestätigt	4
Regional ist Trumpf – Deutsche Erzeugerorganisationen und Erzeuger starten bundesweite Plakataktion	7
Deutschlands Apfelköniginnen zu Besuch im Bundeskanzleramt	7
Hendrik Bohm neuer Agrarreferent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	8

BUNDESAUSSCHUSS OBST UND GEMÜSE IM GESPRÄCH MIT DEM BUNDESAMT FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Am 14. Oktober 2014 trafen sich die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Dr. Helmut Tschiersky und Mitarbeitern in Berlin. Seitens des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit diskutierten mit den Mitglieder des BOG neben dem Präsidenten des Bundesamtes, Dr. Helmut Tschiersky, der Leiter der Abteilung 2, Dr. Hans-Gerd Nolting, für den Bereich der Pflanzenschutzmittel, der Leiter der Abteilung 1, Dr. Gerd Fricke, für den Bereich der Lebensmittelsicherheit sowie der stellvertretende Abteilungsleiter 1, Dr. Georg Schreiber und Anne Katrin Pietrzyk.

Zunächst standen der Aktionsplan Obst und Gemüse und die Zonale Zulassung auf der Agenda. Der Bundesausschuss Obst und Gemüse dankte dem BVL für die Mithilfe bei der Erarbeitung des speziellen Aktionsplans zum Pflanzenschutz im Obst- und Gemüsebau. Für den BOG, so der Vorsitzende Jens Stechmann, formuliert dieser Aktionsplan Strategien zu Bekämpfung wichtiger Schadorganismen, die für die Obst- und Gemüsebauern ein extremes Problem darstellen und benennt die kurzfristigen sowie die langfristigen Lösungsansätze für deren Bekämpfung. Gemeinsames Ziel, darin waren sich BOG und BVL einig, muss es sein, mit dem Aktionsplan die Planungssicherheit für Pflanzenschutzverfahren im Obst- und Gemüsebau zu verbessern und mittel- und langfristig von den zu erteilenden Notfallzulassungen für den Obst- und Gemüsebau wegzukommen. In diesem Zusammenhang ist es allerdings eine Binsenweisheit, dass dies nur dann funktioniert, wenn ausreichend Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel im normalen Zulassungsverfahren den Betrieben zur Verfügung stehen. Sofern diese normalen Zulassungsverfahren, aus welchen Gründen auch immer, nicht laufen – sei es aus zu kostspieligen Untersuchungen für die Antragsstellung oder durch die Forderungen seitens des Umweltbundesamtes – so lange sind dann auch Notfallzulassungen im Obst- und Gemüsebau unverzichtbar. BOG und BVL waren sich einig, dass es nun gelte, beim Obstbau für den Feuerbrand, die Schildläuse, die Apfelblutlaus, die Wanzen, die Kirschfruchtfliege und die neue Kirschessigfliege Bekämpfungsstrategien kurzfristig zu formulieren und zu vereinbaren und im Gemüsebau geht es vorrangig um die Weißen Fliegen, die Kohlmotten, Schildläuse, die grüne Salatblattlaus, Gemüsefliegen, Kohlfiegen, Möhrenfliegen, Rapsglanzkäfer, Thripse, Unkräuter sowie pilzliche Schaderreger. Nur im engen Schulterschluss können hier Fortschritte erreicht werden. Bei der Zonalen Zulassung zeigten sich die Mitglieder des BOG gegenüber dem BVL enttäuscht über den derzeitigen Sachstand. Nach jetzigem Stand sind die Aussagen im Bericht der Bundesregierung zur Harmonisierung der Pflanzenschutzmittelzulassung in den Europäischen Union ernüchternd und für den Bundesausschuss Obst und Gemüse ist daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Zonale Zulassung damit auf die lange Bank geschoben wurde. Der BOG ermunterte die

Mitarbeiter im BVL dazu, sich mit Nachdruck für Fortschritte bei der Zonalen Zulassung einzusetzen und auch die noch fehlenden Harmonisierungen bei den Datenanforderungen, den Bewertungsgrundsätzen und den Risikomanagementmaßnahmen umgehend anzugehen. Darüber hinaus gelte es, die Anwendungsbestimmungen und die Anwendungsbedingungen zu harmonisieren und die Unterlagen der berichterstattenden Mitgliedsstaaten in Deutschland 1:1 zu übernehmen.

Anschließend tauschten sich die Mitglieder des BOG mit dem BVL über die Task Force und Rückstände, Analysen und Ergebnisse aus. Seitens des BOG wurde die Task Force zur Analyse von Rückständen sowohl der amtlichen Lebensmittelüberwachung als auch der Wirtschaft sehr begrüßt und das BVL wurde gleichzeitig ermuntert, noch mehr Arbeit und Arbeitskapazitäten in diesen wichtigen Bereich zu stecken. Gerade die unterschiedliche Probenziehung bei der amtlichen Lebensmittelüberwachung und der Wirtschaft ständen für unterschiedliche Analysenergebnisse, die es aufzuarbeiten gelte. Auch gelte es, zukünftig noch stärker die unterschiedlichen Herkünfte auszuwerten. Derzeit wertet die Task-Force die Rückstandsdaten nach Herkunft Deutschland, Herkunft EU und Herkunft aus Drittländern.

In einem letzten Themenbereich ging es um Stoffe, wie zum Beispiel Chlorat, Phosphonat, Perchlorat und andere Stoffe mit Rückstandsrelevanz, die nicht ihre Ursache in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln haben. Dennoch, so die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse, gelten für viele dieser Stoffe die Nachweisgrenze bei den Rückstandshöchstgehalten von 0,01 mg/kg. Hier gelte es, verträgliche Regelungen für die Erzeuger festzulegen. So könne und dürfe es nicht sein, dass für Chlorat nach der Rückstandshöchstgehaltsverordnung ein Grenzwert von 0,01 mg/kg gilt, obwohl allein bei der Verwendung von Trinkwasser beim letzten Waschen höhere Chloratgehalte in den Produkten erzeugt werden können. Vergleichbares gilt für Phosphonatgehalte, die aus der Anwendung von Blattdüngern stammen und in den Produkten zu höheren Rückstandshöchstgehalten führen, als in der Rückstandshöchstgehaltsverordnung vorgesehene. Hier, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse, gelte es, entweder die Chlorierung von z.B. Trinkwasser bundesweit oder europaweit zu verbieten, ebenso wie die Verwendung von Phosphonaten in Blattdünger, oder aber die Rückstandshöchstgehalte entsprechend anzupassen. Hier ist das BVL, aber insbesondere die Bundesregierung in der Pflicht, endlich für Rechtssicherheit für die Betriebe zu sorgen.

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Obst und Gemüse, Jens Stechmann, dankte am Ende der Veranstaltung dem Präsidenten sowie den Mitarbeitern des BVL´s für den offenen und konstruktiven Dialog. Bei Seiten vereinbarten, diesen Dialog auch künftig in vergleichbarer Form fortzusetzen.

BUNDESAUSSCHUSS OBST UND GEMÜSE TAGTE IN BERLIN

Am 15. Oktober 2014 tagte in Berlin der Bundesausschuss Obst und Gemüse. Unter Vorsitz von Jens Stechmann erörterten die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse alle derzeit aktuellen und wichtigen Themen ausgehend von der Marktsituation über die GAP-Reform, die Düngeverordnung, den Pflanzenschutz und der Qualitätssicherung bis hin zum Mindestlohn. In einer Analyse der derzeitigen Situation auf den Märkten waren sich die Mitglieder des BOG einig, dass bedingt durch die großen Ernten, aber verstärkt durch den Importstopp von Russland, die Märkte für Obst und Gemüse sich in einem schweren Fahrwasser befinden. Oftmals seien die Erzeugerpreise nicht mehr kostendeckend und bei Äpfeln habe sich im Vergleich zu noch vor wenigen Wochen der Erzeugerpreis mehr als halbiert. Es sei, so der Vorsitzende Jens Stechmann, nicht darstellbar, dass bei Äpfeln für hervorragende Qualitäten und bester Sortierung derzeit nur noch 25 Cent pro kg am Markt zu erzielen seien. Die derzeitige Preisgestaltung auf den meisten Märkten für Obst und Gemüse spiegelt jedenfalls keinen nachhaltigen Eindruck wieder. In diesem Zusammenhang begrüßten die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse die schnelle Unterstützung seitens der Europäischen Kommission mit Sondermaßnahmen auf den Märkten für Obst und Gemüse. Allerdings, so die Mitglieder, sei zu bemängeln, dass bei der ersten Tranche des Hilfspaktes deutsche Erzeuger überhaupt keine Chance hatten in den Genuss der Unterstützungsgelder seitens der EU zu kommen. Bereits bevor in Deutschland die zuständigen Stellen die letzten Antragsformalitäten geregelt gehabt hätten, habe Brüssel dieses erste Paket bereits wegen Überzeichnung geschlossen. Allein aus Polen wurden mehr als 150 Millionen Euro beantragt, die derzeit allerdings von der Europäischen Kommission geprüft werden. Insgesamt war das Paket mit 125 Millionen Euro dotiert. Derzeit hat die Europäische Union die Voraussetzungen für das zweite Hilfspaket mit Sonderstützungsmaßnahmen geschnürt. Die Bundesregierung ist derzeit bei der Umsetzung über eine Eilverordnung, die dann wiederum von den Ländern mit den zuständigen Stellen vor Ort umgesetzt werden muss. Die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse erklärten sich nicht mit den Zielen des Bundesministeriums einverstanden, in Deutschland nur die kostenlose Verteilung an soziale Einrichtungen anzubieten. Die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse forderten das BMEL hier mit Nachdruck auf, alle vorgesehenen Stützungsmaßnahmen seitens der EU auch in Deutschland anzubieten. Dies betreffe insbesondere die Marktrücknahmen zur Verwertung über die Verarbeitungsindustrie oder die Biogasanlagen aber auch die Grün- und Nichternte. Nur wenn alle Maßnahmen in Deutschland angeboten würden, bestünde auch eine realistische Beteiligungsmöglichkeit für die deutschen Erzeuger. Die nunmehr in der zweiten Tranche zugeteilten 13.100 Tonnen für Äpfel und Birnen und 3.000 Tonnen für die übrigen Erzeugnisse sollten auch von Deutschland angenommen werden. Allein bei Äpfeln steht dahinter immerhin ein Volumen von knapp 2 Millionen Euro.

Im Bereich Pflanzenschutz standen der Nationale Aktionsplan, die sektorspezifischen Leitlinien sowie die Arbeitsgruppen zum Nationalen Aktionsplan hinsichtlich der Biodiversität und zum Gewässerschutz im Mittelpunkt. Insbesondere zur Bekämpfung der Kirschessigfliege forderten die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse das BMEL auf, sich dafür einzusetzen, dass auch für das nächste Jahr seitens der Zulassungssituation her eine Bekämpfung dieses Problemschaderregers möglich ist. Dieses Jahr habe gezeigt, wie schwierig die Bekämpfung ist und wie groß die Schäden sein können. Sollte es im nächsten Jahr wieder zu einem „Kirschessigfliegenjahr“ kommen, könnten die Schäden durchaus noch größer sein als in diesem Jahr.

Zu QS diskutierten die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse intensiv das aufgrund der Forderungen des Lebensmitteleinzelhandels erweiterte Modul „Freiwillige Inspektion der Arbeits- und Sozialbedingungen“. Kritisch merkten die Mitglieder insbesondere nach wie vor die Erweiterung um die Lohnhöhe und die regelmäßigen Lohnzahlungen an. Zur Wahrung des sozialen Friedens auf den Betrieben gelte es auch für die Zukunft, ein Augenmerk drauf zu legen, dass das Zusatzmodul „Sozialbedingungen“ für die Betriebe auch so umsetzbar ist, dass keine Neidsituation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Saisonarbeitkräften aufkommt.

NEUE EU-KOMMISSION VOM PARLAMENT MIT GROSSER MEHRHEIT BESTÄTIGT

Das EU-Parlament hat am 22. Oktober 2014 mit großer Mehrheit die neue EU-Kommission unter Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker bestätigt. Der Europäische Rat hat die EU-Kommission am 24. Oktober 2014 offiziell ernannt. Damit ist der Weg frei für die neue Kommission, die zum 1. November 2014 für die nächsten fünf Jahre ihre Arbeit aufnimmt. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Die EU-Parlamentarier haben das neue Kollegium der 27 Kommissare unter Kommissionspräsident Juncker mit 423 Ja-Stimmen bei 209 Nein-Stimmen und 67 Enthaltungen am 22. Oktober bestätigt.

Der Europäische Rat hat am 24. Oktober 2014 den Beschluss zur Ernennung angenommen.

Gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Kommissionspräsidenten Juncker haben sich sowohl personelle Veränderungen als auch Veränderungen im Zuschnitt der Zuständigkeiten ergeben.

Die neue Aufgabenverteilung der EU-Kommission ist wie folgt darstellbar:

Präsident der Kommission: Jean-Claude Juncker aus Luxemburg, ehemaliger Ministerpräsident und Eurogruppen-Chef.

Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin: Federica Mogherini aus Italien, ehemalige Außenministerin.

Erster Vizepräsident und Bessere Rechtsetzung, Grundrechte, Interinstitutionelle Beziehungen und nachhaltige Entwicklung: Frans Timmermans aus den Niederlanden, ehemaliger Außenminister.

Vizepräsidentin und Haushalt und Finanzen: Kristalina Georgieva aus Bulgarien, bisher Kommissarin für humanitäre Angelegenheiten.

Vizepräsident und Digitaler Binnenmarkt: Andrus Ansip aus Estland, ehemaliger Ministerpräsident.

Vizepräsident und Energieunion: Maros Sefcovic aus der Slowakei, bisher Kommissar für institutionelle Beziehungen und Verwaltung.

Vizepräsident und Euro und Sozialer Dialog: Valdis Dombrovskis aus Lettland, ehemaliger Ministerpräsident.

Vizepräsident und Wachstum, Beschäftigung, Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit: Jyrki Katainen aus Finnland, ehemaliger Ministerpräsident und bereits geschäftsführend Kommissar für Wirtschaft und Währung.

Wirtschaft, Finanzen Steuern und Zoll: Pierre Moscovici aus Frankreich, ehemaliger Finanzminister.

Migration und Inneres: Dimitris Avramopoulos aus Griechenland, ehemaliger Verteidigungsminister.

Finanzielle Stabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte: Jonathan Hill aus Großbritannien, ehemaliger EU-kritischer Koordinator der Regierungsgeschäfte im Oberhaus.

Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung: Phil Hogan aus Irland, ehemaliger Umweltminister.

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung: Neven Mimica aus Kroatien, bisher Kommissar für Verbraucherschutz.

Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Vytenis Povilas Andriukaitis aus Litauen, ehemaliger Gesundheitsminister.

Umwelt und Fischerei: Karmenu Vella aus Malta, ehemaliger Tourismusminister.

Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterung: Johannes Hahn aus Österreich, bisher Kommissar für Regionalpolitik.

Binnenmarkt, Industrie und Unternehmen: Elzbieta Bienkowska aus Polen, ehemalige Stellvertreterin von Ministerpräsident Donald Tusk, der EU-Ratspräsident wird.

Forschung, Wissenschaft und Innovation: Carlos Moedas aus Portugal, ehemaliger Staatssekretär.

Regionalpolitik: Corina Cretu aus Rumänien, ehemaliger EU-Abgeordnete.

Außenhandel: Cecilia Malmström aus Schweden, bisher Kommissarin für Innenpolitik.

Verkehr: Violeta Bulc aus Slowenien, ehemaliger Vizeregierungschefin und Entwicklungsministerin Sloweniens.

Klimapolitik und Energie: Miguel Arias Canete aus Spanien, ehemaliger Landwirtschaftsminister.

Justiz, wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Gleichstellungsfragen: Vera Jourova aus Tschechien, ehemaliger Ministerin für Regionale Entwicklung.

Bildung, Kultur und Jugend: Tibor Navracsics aus Ungarn, ehemaliger Außenminister.

Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement: Christos Stylianides aus Zypern, ehemaliger Regierungssprecher und EU-Abgeordneter.

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft: Günther Oettinger aus Deutschland, bisher Energiekommissar.

Beschäftigung und Soziales: Marianne Thyssen aus Belgien, ehemaliger EU-Abgeordnete.

Wettbewerb: Margarethe Vestager aus Dänemark, ehemalige Ministerin für Wirtschaft und Inneres.

Der Ire Phil Hogan löst den bisherigen Agrarkommissar Dacian Cioloș ab. Hogan wurde am 4. Juli 1960 in Kilkenny in Irland geboren. Nach dem Studium am University College Cork war Hogan Versicherungsmakler und Auktionator. Seine politische Laufbahn begann er für die Fine Gael (eine der bedeutendsten Volksparteien der Republik Irland und auf europäischer Ebene Mitglied der Europäischen Volkspartei EVP) in der Kommunalpolitik von 1982 bis 2003. 1987 wurde er Mitglied im Senat von Irland und vertrat in diesem bis 1989 die Interessengruppe Industrie und Finanzen. Bei den Unterhauswahlen 1989 wurde er zum Abgeordneten in das Unterhaus gewählt. Innerhalb der Fraktion der Fine Gael war er von 1989 bis 1991 Sprecher für Ernährung, danach für Verbraucherschutz sowie zuletzt zwischen 1993 und 1994 für regionale Angelegenheiten und europäische Entwicklung. 2011 bis 2014 war Hogan Minister für Umwelt, Gemeinschaftswesen und Lokalverwaltung.

Als erste Priorität als Agrarkommissar benannte Hogan die Ernährungssicherung. Seine erste und vorrangige Verantwortung bestünde darin, zu gewährleisten, dass in Europa genügend Landwirtschaft betrieben werde, um die Völker Europas zu ernähren und einen Teil zu den weltweiten Herausforderungen beitragen zu können. Dies müsse auf nachhaltige und umweltfreundliche Weise erfolgen, bei gleichzeitiger Erhaltung der Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe. Hogan möchte in den nächsten fünf Jahren der europäischen Landwirtschaft positive Impulse geben und auch die ländliche Entwicklung vorantreiben. Der Sektor müsse modern, marktorientiert sowie wissensbasiert sein und die Gemeinsame Agrarpolitik Stabilität und praktische Lösungen für die Landwirte bringen. Im Hinblick auf die Verwaltungsvereinfachung möchte Hogan die neue GAP "auf Herz und Nieren prüfen", ohne die Effektivität der Politik oder das finanzielle Management infrage stellen zu wollen.

Nach einem Jahr Erfahrung mit der GAP-Reform will sich der Kommissar ein Bild darüber machen, ob die EU-Agrarpolitik für die Praxis richtig konzipiert ist, insbesondere hinsichtlich

der Direktzahlungen. Ergebe sich ein Verbesserungsbedarf, so werde er prüfen, welche Änderungen die GAP einfacher und effizienter machen könnten. Das Gleiche gelte auch für das Greening. Auch eine Halbzeitbilanz möchte Hogan nutzen, um die Landwirtschaftspolitik besser auszurichten.

REGIONAL IST TRUMPF - DEUTSCHE ERZEUGERORGANISATIONEN UND ERZEUGER STARTEN BUNDESWEITE PLAKATAKTION

Mit einer bundesweiten Plakataktion unter dem Motto „Kommt von hier, schmeckt auch Dir!“ unterstreichen die deutschen Obst- und Gemüseerzeuger die Spitzenqualität ihrer regional erzeugten und vermarkteten Produkte. Den Startschuss gab Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, in Berlin. „Unsere heimischen Erzeugnisse sind gesund, gehören zur ausgewogenen Ernährung und schmecken vor allem hervorragend. Die Kampagne trägt dazu bei, das nötige Vertrauen zu schaffen, auf das es bei der regionalen Vermarktung ankommt. Ich unterstütze diese Initiative der Obst- und Gemüseerzeuger ausdrücklich“, so der Bundesminister.

Die absatzfördernde Kampagne läuft zeitgleich in verschiedenen Regionen Deutschlands vom Bodensee bis zum Alten Land an.

„Die Auswirkungen des russischen Importstopps für Obst und Gemüse sind unübersehbar. Das große Mengenangebot erhöht den Preisdruck. Das trifft die hiesigen Erzeuger und Vermarkter bis ins Mark. Wir appellieren an die Verbraucher, gezielt Produkte einzukaufen. Der verantwortungsbewusste Konsument erkennt beim Blick auf die Verpackung, dass es sich um beste Erzeugnisse aus Deutschland handelt“, so Karl Voges, stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisation Obst und Gemüse (BVEO), zum Auftakt der Plakataktion.

Jens Stechmann, Vorsitzender des Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG), gab für die Erzeuger das Versprechen ab: „Die Verbraucher verlangen Regionalität, wir liefern sie! Das gehört zum Leistungsspektrum der deutschen Obst- und Gemüseerzeuger“.

DEUTSCHLANDS APFELKÖNIGINNEN ZU BESUCH IM BUNDESKANZLERAMT

Dort, wo normalerweise ausschließlich Spitzenpolitiker zusammenfinden, gaben sich heute sieben Apfelköniginnen aus verschiedenen Anbaugebieten Deutschlands die Ehre. Vor dem Kabinettsaal des Bundeskanzleramts überreichten sie Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundesministern und Staatssekretären der Bundesregierung prall gefüllte Fruchtkörbe mit verschiedenen heimischen Apfelsorten. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Die in traditioneller Tracht erschienenen Regentinnen hatten Präsentkörbe mit den beliebtesten deutschen Apfelsorten im Gepäck. Angela Merkel freute sich über ein ganz besonderes Exemplar: Ihr Korb war ausschließlich mit Boskoop gefüllt, dem Lieblingsapfel der Bundeskanzlerin. Auch die anderen Kabinettsmitglieder wurden von den Botschafterinnen mit frisch geernteten Äpfeln versorgt. Die Körbe enthielten neben dem Roten Boskoop die Sorten Elstar, Jonagold, Holsteiner Cox und Jonagored. Jede Sorte hat ganz besondere Eigenschaften: Der Elstar ist besonders saftig und ausgewogen im Geschmack. Äpfel der Sorte Holsteiner Cox punkten mit einem aromatisch-würzigen Fruchtfleisch. Jonagold und Jonagored sind für alle richtig, die süße Äpfel lieben. Allen gemeinsam ist die lange Haltbarkeit, dank der man das geschmackvolle Kernobst das ganze Jahr über genießen kann.

Der Besuch im Bundeskanzleramt hat Tradition. Zum Start in die Saison feiern die Apfelköniginnen mit der Korbübergabe die Apfelernte in Deutschland. Gewählt und entsendet werden die „Monarchinnen“ von den einzelnen Anbaugebieten. Cathrin Petermann vertrat dabei den Freistaat Sachsen. Jenny Ulbrich war Botschafterin des Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern. Sarah Ibraimi repräsentierte die Äpfel aus nordrhein-westfälischen Anbaugebieten, Cathleen Wollanik jene aus Brandenburg. Auch einzelne Regionen waren vertreten, so Sandra Müller und Julia Freiwald für das Alte Land in Niedersachsen und Jennifer Kreinacker die aktuelle Bodenseeapfelkönigin. „Obst aus Deutschland steht für Top-Frische und hohe Qualität. Wir sind stolz darauf, dies als Apfelhoheiten heute hier im Bundeskanzleramt unterstreichen zu können“, erklärt Julia Freiwald, Apfelkönigin aus dem Alten Land.

HENDRIK BOHM NEUER AGRARREFERENT BEI DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Neuer Agrarreferent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Hendrik Bohm. Der 31-jährige Politikwissenschaftler tritt die Nachfolge von Bertram Fleischer an, der zum 1. November 2014 zum Zentralverband Gartenbau wechselt. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Bohm verfügt über mehrjährige agrarpolitische Erfahrungen in Berlin und Brüssel. Zunächst war er von 2006 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter des sächsischen Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Jahr, bevor er nach dessen Wechsel in das Europaparlament im Herbst 2009 in Straßburg und Brüssel die Büroleitung des CDU-Politikers übernahm. In dieser Funktion oblag Bohm unter anderem die inhaltliche Betreuung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.